Nr. 114 • Ausgabe B Nr. 52
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 114

Abend-Ausgabe

Dienstag, 2. März 1920
49. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das westpreußische Abstimmungsgebiet.

Die Stimmung in der Bevölkerung. — Der Empfang einer deutschen Deputation beim Präsidenten der alliierten Kommission.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

⊙ **Marienburg**, 2. März. (Privat-Telegramm.)

Als Vertreter der deutschen Bevölkerung im westpreußischen Abstimmungsgebiet wurden gestern die in den Arbeitsgemeinschaften vereinigten Führer der deutschen politischen Parteien aus den vier Kreisen Marienburg, Stuhm, Rosenberg und Marienwerder von der interalliierten Kommission in Marienwerder empfangen. Der Sprecher der Deutschen bediente sich dabei der deutschen Sprache. Er bat, in dieser Zusammenkunft ein Zeichen des Vertrauens erblicken zu dürfen. Die Deutschen empfänden es als ihr heiliges und durch den Friedensvertrag verbürgtes Recht, ihre letzte Kraft dafür einzusetzen, daß die Abstimmung in deutschem Sinne ausfalle, doch würden sich die Deutschen in dem nun unvermeidlich einsetzenden Kampfe stets nur erlaubter Mittel bedienen. Sie erwarten von der Hohen Kommission eine unparteiische Haltung. Der Präsident der interalliierten Kommission antwortete in französischer Sprache. Er dankte für das Vertrauen, das ihm die Deutschen entgegenbrächten, und versprach, die deutsche Propaganda in keiner Weise zu stören, soweit sie sich in gesetzlichen Formen halte. Es werde sein Bestreben sein, nach dem großen Tage der Abstimmung unter den Augen der ganzen Welt gewissenhaft und gerecht zu urteilen.

F. M. Marienwerder, Ende Februar.

Die Räumung der Abstimmungsgebiete durch die deutschen Truppen ist beendet. Der Ententeausschuß ist in Marienwerder, dem bisherigen Sitz des Regierungspräsidiums, eingetroffen, er hat die Leitung der Verwaltungsgeschäfte übernommen und beginnt die Vorbereitungen zu der Abstimmung. Sorgenvoll blicken alle Kreise des Deutschen Reiches dieser Entscheidung entgegen. Von dem Ergebnis dieser Abstimmung wird nicht allein die Zukunft der strittigen Landesteile selbst, sondern vielleicht auch die Zukunft Ostpreußens abhängen. Schon jetzt wird die bange Frage erhoben: Wird der polnische Besitz an deutschem Gebiete im Osten noch größer, wird Ostpreußen — räumlich noch mehr als bisher von uns getrennt — seine Zugehörigkeit zum Reiche wahren können?

Im westpreußischen Abstimmungsgebiet hat jetzt bereits eine starke Propaganda auf beiden Seiten — der deutschen und der polnischen — eingesetzt, die von polnischer Seite mit viel Geld, aber im geheimen durchgeführt wird, während die Deutschen geschlossen, ohne aber die Angreifer zu spielen, mit offenem Visier kämpfen und in zäher Arbeit ihre Stammesgenossen zusammenhalten. Es scheint mir zum besseren Verständnis der augenblicklichen Lage hier angebracht, diese Kleinarbeit zu schildern. Sie gibt ein klares Bild von der Stimmung in der Bevölkerung: die Bewegung greift bis zum Januar 1918 zurück. Damals entstand in Danzig der deutsche Volksrat, ohne daß dessen Tätigkeit sich aber besonders kräftig entfalten konnte. Es entwickelte sich dann eine vom 20. Armeekorps in Allenstein ausgegangene Propaganda, die mehr gegen die bolschewistischen Bestrebungen gerichtet war. Es wurden Kreiskommissariate eingesetzt, und sie haben sich auch recht erhebliche Verdienste erworben. Als mit der Friedensvertrag mit den Abstimmungsbedingungen bekannt wurde, wandte sich diese Kampforganisation — die ihrem militärischen Einfluß bald entzogen wurde — der rein nationalen Propaganda zu. Es wurden die Arbeitsgemeinschaften gegründet, die sämtliche politischen Parteien von den Rechtsnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten umfassen, und die nun die Propaganda für die Abstimmung ins Leben gerufen haben. Nur die Unabhängigen Sozialdemokraten sind der Arbeitsgemeinschaft nicht beigetreten; sie erklärten aber ausdrücklich, daß sie die Tätigkeit dieser Organisation in keiner Weise hindern wollen. Man kann also ohne Uebertreibung behaupten, daß in dieser Frage alle Parteien einig sind.

Ich hatte Gelegenheit, den **Regierungspräsidenten Schilling** vor seiner Abreise zu sprechen, der mir folgende Mitteilungen machte:

„Was zunächst die Abstimmung anbetrifft, so sind die östlichen Teile des Kreises Marienwerder rein deutsch, Stuhm zur Hälfte polnisch, zur Hälfte deutsch, der Kreis Rosenberg deutsch und ebenso der Kreis Marienburg deutsch. Die letzten Zahlen nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 sind:

Kreis Marienburg rein deutsch,
Rosenberg 50 194 polnisch,
Marienwerder östlich der Weichsel etwa 37 000 deutsch und etwa 4000 polnisch,
Stuhm 20 923 deutsch, 15 548 polnisch.

Daß demnach die Abstimmung ganz glänzend für Deutschland ausfallen wird, unterliegt gar keinem Zweifel. Die Abstimmung kann nur deutsch ausfallen. Nun hat nach dem Friedensvertrage die Kommission der Entente die geographischen oder wirtschaftlichen Verhältnisse zu prüfen und über diese ebenso wie über das Ergebnis der Abstimmung, das gemeindeweise gewürdigt werden soll, nach Paris zu berichten. Da kann nun kein Mensch sagen, wie dieser Ententeausschuß sich äußern wird, und welche Stellung er nehmen wird. Es wird im wesentlichen davon abhängen, welchen Eindruck der Ententeausschuß in der Zeit seiner Verwaltung gewinnen wird. Die Polen sind natürlich in dieser Hinsicht sehr tätig, sie werden bemüht sein, darzulegen, welches Interesse sie einmal an der Weichselstraße und dann an der Marienburg—Thorner Bahn haben. Die Strecke geht durch Marienwerder und Stuhm. Natürlich wünschen die Polen, diese Eisenbahn in ihre Hände zu bekommen und werden nach Möglichkeit auf den Ausschuß einzuwirken versuchen. Man kann nur hoffen, daß die Prüfung eine wirklich gerechte und unpolitische sein wird, ohne daß die besonderen Wünsche der Polen in Frage kommen.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist im allgemeinen bezüglich der Abstimmung recht zuversichtlich. Die deutsche Bevölkerung hält fest an dem deutschen Gedanken und hält es im allgemeinen für vollkommen unmöglich, daß die Abstimmung anders als deutsch ausfallen könnte. Allgemein ist der Wunsch, daß der Zeitpunkt der Abstimmung nicht allzu lange hinausgezogen wird, sondern daß sie in kürzester Frist erfolge. Zu dieser Hinsicht steht leider nichts fest, da der Friedensvertrag hierüber keine Bestimmung enthält, und wir haben auch da bestimmte Nachrichten nicht erfahren können. Ein berechtigter Wunsch der gesamten Bevölkerung ist es, daß diese Ententeverwaltung eine möglichst vorübergehende sein und daß dann die Abstimmung vor sich gehen werde. Eine gewisse Unruhe besteht in der Bevölkerung über die Frage, wie der Ententeausschuß die Verwaltung regeln wird. Die schweren Eingriffe im Westen haben die Befürchtung wachgerufen, daß auch hier in die allgemeinen Verhältnisse der Bevölkerung Eingriffe erfolgen werden. Wir können nur hoffen, daß es im allgemeinen bei unserer gewohnten deutschen Verwaltung bleiben wird, und daß die Verwaltung unter der Leitung des Ententeausschusses sich ohne jede Schwierigkeit und Mißhelligkeit vollziehen wird."

Auch in anderen Kreisen rechnet man nicht mit der Möglichkeit, daß die Abstimmung zuungunsten Deutschlands ausfallen wird. So sagte mir der Landrat des Kreises Marienburg, **Oberregierungsrat Rönne**:

„Ich kann nur versichern, daß sich die Stimmung unter der Bevölkerung seit dem Bekanntwerden über die Abstimmung nicht geändert hat. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß die Abstimmung hier in Marienburg nur deutsch sein kann. Ich sagte Ihnen schon vor einigen Monaten, daß ich, seit ich hier Landrat bin, noch kein Wort Polnisch sprechen hörte. Seitdem vernahm ich ein einziges Mal polnische Laute, als ich zufällig auf der Landstraße drei fremden Marktfrauen begegnete. Das war aber auch das einzige Mal. Die Bevölkerung auf dem Lande begreift es jetzt noch nicht, warum überhaupt hier eine Abstimmung stattfinden soll, und weist den Gedanken, daß sie etwa polnisch werden könnte, als eine Unmöglichkeit zurück. Die Stimmung ist eine sehr zuversichtliche. Vor kurzem erst haben zu gleicher Zeit hier große Kundgebungen stattgefunden, die in verschiedenen Sälen von den Demokraten, Deutschnationalen, Zentrumspartei und Mehrheitssozialisten veranstaltet wurden. Ueberall wurde das gleiche Programm aufgestellt: Deutsch bleiben. Selbst die Unabhängigen, wenn sie sich auch nicht an den Versammlungen beteiligten, erhoben doch dagegen keinen Einspruch. Auch die katholische Geistlichkeit tritt für das Festhalten am Deutschtum ein, und der Propst von Marienburg, Pingel, ist ein fanatischer deutscher Mann, der in einer der Versammlungen auch als Redner auftrat."

Ich sprach dann noch den zweiten **Bürgermeister von Marienburg, Herrn Althoff.** Auch dieser gab mir die Versicherung, daß mit Rücksicht darauf, daß kaum ein Prozent der Bevölkerung zu den Polen gerechnet werden könne, dem Abstimmungsresultat ohne Sorge entgegengesehen wird. Die urteilsfähige Bevölkerung ist nicht allein davon überzeugt, daß Marienburg deutsch bleibt, sie glaubt auch fest daran, daß die Entente Gerechtigkeit walten lassen muß. Andernfalls könnte die Enttäuschung katastrophale Folgen haben. Die Marienburger Bevölkerung sei auch überzeugt davon, daß ihre wirtschaftliche Entwickelung am besten gewahrt wird, wenn sie bei Deutschland bleibt.

Nichts anders ist die Auffassung in den Marienburger deutsch-demokratischen Kreisen. Man verkennt zwar nicht, daß ein geringer Bruchteil in der Bevölkerung schwankt, er verschwindet aber gegenüber der festen Haltung der großen Masse. Dazu kommt daß die Sozialdemokraten durch den Landarbeiterverband einen gewichtigen Einfluß gewonnen haben.

Die Auseinandersetzung mit der Krone.

Die heutige Sitzung der **preußischen Landesversammlung** war stark besucht. Die Tribünen waren überfüllt. Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staate und dem preußischen Königshause. Die Unabhängigen haben dazu einen Antrag auf Enteignung des Vermögens gestellt. Ferner liegt der Antrag Graef-Frankfurt (Soz.) vor, den wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe mitgeteilt haben.

Finanzminister Südekum gab zu der Vorlage nur eine kurze Begründung. Er führte aus, daß die Regierung das Versprechen gegeben habe, die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern nicht ohne die Volksvertretung vor sich gehen zu lassen. Der Finanzminister erklärte sich dann gegen den Antrag Hoffmann (U. Soz.), aber für den Antrag Graef, da er eine Aenderung der Rechtsmacht herbeiführen wolle. Auch die Regierung teile die Auffassung, daß die Vermögensauseinandersetzung zu Gunsten des Staates zu erfolgen habe.

Dann nahm der Abgeordnete **Graef**-Frankfurt zu einer breitangelegten Rede das Wort und führte unter anderem aus: Die Stellung meiner Partei zu diesem Antrag ist klar. **Wilhelm II.** ist nicht an der Spitze seiner Truppen gestorben, sondern bei Nacht und Nebel geflohen, hat sich in Holland ins Privatleben zurückgezogen, geht spazieren und sägt Holz. (Heiterkeit.) **Das Volk hat er im Elend zurückgelassen.** Die vaterlandslosen Gesellen von einst mußten das Volk vor dem Elend bewahren. (Stürmisches Gelächter. — Demonstrativer Beifall bei der Mehrheit.) Die vaterlandslosen Gesellen mußten die Männer stellen, die für das Volk herauszuholen suchten, was damals möglich war. **Die Stützen des Thrones hatten sich verkrochen.** Schon am 1. November kam der Erlaß der Volksbefragten auf Beschlagnahme der Vermögen der Hohenzollern und seine Vertretung durch den Finanzminister heraus. Die damaligen Maßnahmen wurden auch gedeckt von Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld und Simon. (Lebhaftes Hört, hört!) Damals war von Enteignung nicht die Rede. (Zurufe bei den Unabhängigen: Wer ist denn dagegen gewesen?) Adolf Hoffmann! (Stürmische Heiterkeit.) Wäre damals die Enteignung ausgesprochen worden, so wäre es wahrscheinlich nicht zu einem Sturme der Entrüstung vor dem Volk gekommen. In Enteignungsangelegenheiten von Fürstenhäusern ist die Haltung Bismarcks recht bemerkenswert. Er hat die Enteignung des Welfenhauses in einer sehr geschickten Weise als im Interesse des Volkes liegend zu verteidigen gewußt. Damals rief ihm Windhorst zu: „Einst wird die Weltgeschichte von den Hohenzollern die historische Vergeltung fordern." Die Rückkehr Wilhelms ist nicht zu erwarten. Denn einmal ist er wirklich kein Napoleon (lebhafte Zustimmung links), außerdem verlangt die Entente seine Auslieferung.

Die preußische Königsfamilie hat ihr Geld leicht verdient. Vielleicht gibt das Reich einmal darüber Auskunft, wieviel Wilhelm II. in den Zeiten der Not eigentlich für die Kriegsanleihe gezeichnet habe? 1809 hat der preußische König erklärt, er hafte mit seinen Domänenvermögen für sämtliche Schulden des Staates. Wie wäre es, wenn der letzte Hohenzoller das auch täte. (Lebhafte Zustimmung links.) Was würden wir sagen, wenn ein Angestellter nach Holland durchbrennen und dann noch vom Prinzipal das Gehalt verlangen würde. (Große Unruhe rechts.) Wenn man verlange: Gib dem König, was des Königs ist, so sagen wir: Gib dem Burggrafen, was er ins Land gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung links. — Große Unruhe rechts.) Wie kommt eine Familie, deren Oberhaupt noch nicht 65 Jahre alt ist, zu der Erklärung, daß sie sich nicht selbst ernähren könne. In der Schule haben wir doch gehört, daß die Hohenzollern alle ein Handwerk erlernen mußten. (Schallende Heiterkeit.)

Der Abgeordnete **Oppenhoff** (Zentrum) rückte sehr energisch von dem Vorredner ab und erklärte sich auch gegen den sozialdemokratischen Antrag. Ebenso trat der Abgeordnete **Kassel** (Demokrat) dem Abgeordneten Graef sehr scharf entgegen.

* * *

Sozialdemokratie und Krone.

Der unmögliche Vergleich.

Die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung hat eine gewisse Klärung über die Stellung der Partei zu der Vermögensauseinandersetzung mit der Krone gebracht. Wie wir schon im heutigen Morgenblatt mitteilten, ist eine Einigung darüber erzielt worden, daß die preußische sozialdemokratische Fraktion den Weg über das Reich nehmen will, um sich freie Hand für die Auseinandersetzung zu schaffen. Im einzelnen geht der Antrag dahin, daß die Reichsregierung aufgefordert werden soll: „Unverzüglich ein Reichsgesetz herbeizuführen, das die Bestimmung des Artikels 153 der Reichsverfassung zur Geltung bringt, wonach die angemessene Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtsweges für die Enteignung des vormaligen preußischen Königshauses zum Wohle der Allgemeinheit anders bestimmt werden kann." Damit ist der dem Preußenhause vorliegende Vergleichsvorschlag erledigt. Anscheinend ist es aber auch gelungen, die Bedenken, die sich gegen das Verbleiben des preußischen Finanzministers Dr. Südekum im Amt geltend machten, aus der Welt zu schaffen. Zweifellos bestand wegen des Vergleichs nicht bloß eine starke Mißstimmung gegen Dr. Südekum, sondern von maßgebender Seite lag auch ein ausdrücklicher Antrag eines Mißtrauensvotums gegen Dr. Südekum vor. Nach dem über die gestrige Sitzung ausgegebenen Parteibericht ist anzunehmen, daß es gelungen ist, Herrn Südekum in seinem Amt zu halten. Dagegen läßt sich noch in keiner Weise sagen, wie die Auseinandersetzung mit der Krone sich weiter entwickeln wird, da auf bürgerlicher Seite gegen eine Durchbrechung des Eigentumsrechts schwere Bedenken bestehen.

Eine Verfassung für Danzig.

Eine Besprechung mit dem Oberkommissar.

Danzig, 2. März. (W. T. B.)

Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter und der Danziger Verbraucherkammer hatten am Sonnabend eine Unterredung mit dem Oberkommissar Sir Reginald Tower, in der dargelegt wurde, daß die Ernährung der Bevölkerung in Danzig völlig unzureichend sei, besonders weil die Zufuhr aus den abgetretenen Gebieten durch nachgeordnete polnische Behörden verhindert werde. Die Einfuhr von Luxus- und Genußwaren und die Ausfuhr des Freistaates müßten besser geregelt werden. Die Verbraucherkammer müsse eine gesetzliche Grundlage erhalten. Der Oberkommissar erwiderte darauf u. a.: „Ich werde einen Staatsrat bilden und die Wahlen ausschreiben, in denen Vertreter gewählt werden, die eine Verfassung ausarbeiten. Die Verfassung werde ich dann dem Völkerbund vorlegen. Dann wird Danzig sich als unabhängige Stadt selbst regieren. Die Wünsche über die Grenzfestsetzung des Freistaates habe ich befürwortend an den Obersten Rat in Paris weitergegeben, glaube aber kaum, daß sie alle erfüllt werden können.